

her!
en unsere Boten
gsgebühr
chten an unsere
Abonnements-
und nach Mög-
keiten Vorzeigen
hten. Unseren
e ohnein sehr
nde Arbeit des
ch erleichtert.
ugsgeld
Quittung
druckt ist, da
eis gegenüber
Beschwerden,
gilt. —
ll.

9.30 Uhr Sonntag
H. Herzen Jesu. —
nt.
Kirchengottesdienst.
gen abends 8 Uhr
8.30 Uhr Bibel-

3.
er
ben, an der Ein-
Josef mitwirken
Dingen abholen
eleiten. Die Weib-
d am kommenden
des Vereinsjahres
n Dingen fahren.

otfohl Jtr. 12.90
50 RM. Weisfohl
Jtr. 30 bis 36
Reisereisen Jtr.
2 bis 13.90 RM.
aten Jtr. 28 bis
25 bis 34
eren Jtr. 18 bis
7.20 RM. Blü-
strahl 100 Stück
3 bis 7.60 RM.
R. Gemüse- und
die Verfertigung

olitik: Dr. Heider,
und das Münster-
Westdeutschland:
laub; für Handel
ortmund; Berliner
de; für den Zeno-
n, Münster i. W.
West.
eno-Gesamtauflage

Heinrich Schmitt,
Gelder, Bocholt,
hulstraße 14.
ig —
— Allgemeine
Borken: 3073;
er Zeitung, Dül-
768; — Kreis-
e Volkszeitung,
(Lingen, Papen-
scholt: 2464; —
holt: 6160; —
alten: 2284; —

se
50-
50-
ab Werk
zeit
ser
f 2515

öffnet.
e und Leser
die Montags-
Zeit bei uns
rken
e herrschaffl.

, Bad, Man-
ten.
235 an das

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Aaholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Bocholtverlag: Bocholt.
Bocholtverlag: Dortmund

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 185

Sonntag, den 7. Juli 1935

Jahrgang 1935

Sowjetrußlands Rüstungen zur See.

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

Moskau, Anfang Juli.

Der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens ist in Moskau, wie zu erwarten war, ausgesprochen unfreundlich aufgenommen worden. Wenn auch die sowjetrussische Presse diesmal — wahrscheinlich mit Rücksicht auf die englische Öffentlichkeit — von allzu drastischer Ausdrucksweise bei der Beurteilung des Londoner Abchlusses abgesehen hat, so fehlt es doch nicht an Behauptungen, daß die deutsch-englischen Flottenvereinbarungen den Auftakt eines neuen Rüstungswettlaufes zur See darstellen und sich u. a. (nach mancher Lesart in erster Linie) gegen die Sowjetunion richten und dergleichen.

Im Zusammenhang mit diesen Meinungen der sowjetrussischen Presse ist es nicht uninteressant, die eigenen Seerüstungen des Sowjetstaates einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Diese Aufgabe ist keinesfalls leicht. Man versteht es in Sowjetrußland sehr gut, über alle Maßnahmen der Landesverteidigung einen dichten Schleier zu legen, der nur von Fall zu Fall, wie z. B. bei dem Besuch eines Vertreters des in Aussicht genommenen Bundesgenossen ein wenig gelüftet wird. Ganz besonders gilt das für die Seestreitkräfte, wobei es sehr wahrscheinlich ist, daß diese Zurückhaltung, die noch vor einigen Jahren durch den Wunsch diktiert war, das Zurückbleiben der sowjetrussischen Kriegsmarine nicht in Erscheinung treten zu lassen, heute das entgegengesetzte Ziel verfolgt, die erhöhte Intensität der Seerüstungen zu verheimlichen.

Um sich ein ungefähres Bild von der gegenwärtigen Lage der sowjetrussischen Kriegsmarine zu machen, muß man zunächst die Flottenbestände in Betracht ziehen, die von der Sowjetregierung nach dem Zusammenbruch des zaristischen Reiches übernommen wurden. Ende 1917 umfaßten diese Bestände folgende moderne Einheiten: 726 000 to-Schiffe der „Dreadnought“-Klasse (6 im Dienst, 1 im Bau), 432 500 to-Schlachtschiffe der „Super-Dreadnought“-Klasse (im Bau), 8 geschützte 800 to-Schnellkreuzer (im Bau), 40 große 1300 to-Zerstörer (30 im Dienst und 10 im Bau) und 24 mittelgroße und kleine U-Boote (im Dienst).

Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges sowie der darauf folgende Bürgerkrieg haben diese beträchtlichen Schiffsbestände ganz empfindlich verringert, insbesondere im Schwarzen Meer, wo 1918 mehrere Schiffe, darunter auch ein Linienschiff, von den Besatzungen versenkt wurden, während die restlichen dienstfähigen Schiffe 1920 von der Wrangelarmee nach dem Umlande verschleppt und im französischen Hafen Algier interniert wurden. Aber auch in der Ostsee sind mehrere Schiffe verloren gegangen bzw. zu Handelschiffen umgebaut worden, während sich die Restbestände infolge der langen Außerbetriebsetzung in einem äußerst vernachlässigten Zustand befanden und fast ausnahmslos als dienstunfähig bezeichnet werden mußten.

Der Wiederaufbau der sowjetrussischen Kriegsmarine setzte erst in den Jahren 1922/23 ein. Nach und nach wurden sämtliche bereits fertiggestellten Schiffe neuerer Bauarten in Ordnung gebracht und soweit erforderlich, einer durchgreifenden Modernisierung unterzogen. Gleichzeitig wurde der Bau der kleineren und mittleren noch auf den Werften befindlichen Einheiten wieder aufgenommen, denen mehrere kleinere Neubauten (kleine Zerstörer, Küstentorpedoboote und Unterseeboote) folgten.

Als Endergebnis dieser Arbeiten, die gegenwärtig im wesentlichen abgeschlossen sind, konnte der sowjetrussische Stand an neuzeitlichen bzw. modernisierten Kriegsschiffen auf eine beträchtliche Höhe gebracht werden. Er umfaßt zu Beginn d. J. nach amtlichen Angaben 4 Schlachtschiffe, 6 geschützte Schnellkreuzer, 25 große und 10 kleine Zerstörer (sämtlich im Dienst). Die Zahl der Unterseeboote und Küstentorpedoboote wurde amtlich nicht bekanntgegeben, kann jedoch auf Grund der Mitteilungen des stellvertretenden Verteidigungskommissars Tuchatschewski auf dem letzten Parteitag mit hinreichender Genauigkeit auf 70 Unterseeboote (davon mindestens 10—15 Hochsee-U-Boote neuerer Bauart mit einer Wasserverdrängung von 1300 to und einem Aktionsradius von 7000 km) und 150 Küstentorpedoboote neuerer Typen geschätzt werden.

Diese an sich schon recht beachtenswerte Seemacht erfährt in diesem Jahr eine weitere nicht zu unterschätzende Verstärkung durch die von der französischen Regierung neuerdings beschlossene Rückgabe der in Algier internierten Schiffe der „Bran“-Klasse, zu denen 1 Schlachtschiff, 6 große Zerstörer und 2 große und 2 kleine U-Boote zählen. Nach der Kücklieferung dieser Schiffe, die zweifellos im Schwarzen Meer stationiert sein werden, wird die im Jahre 1930 erfolgte Verlegung eines Teils der Ostsee-Flotte in die südrussischen Gewässer aller Voraussicht nach wieder rückgängig gemacht, wodurch die Ostsee-Flotte bei einem Bestand von 4 Schlachtschiffen, 2 geschützten Kreuzern, 18 großen und 10 kleinen Zer-

störern, 20—30 U-Booten und 40—50 Küsten-Torpedoboote wieder zu einem achtungsgebietenden, für die Verteidigung russischer Ostseeflästen durchaus ausreichenden Faktor im Ostseeraum anwachsen wird.

Wie es scheint, gehen jedoch die Absichten der Sowjetregierung noch weiter. Aus den Meinungen des Leiters der sowjetrussischen Schiffbauindustrie Müllewitsch auf dem 7. Parteitag geht unzweifelhaft hervor, daß man russischerseits nunmehr daran geht, den Bau größerer Kriegsschiffe vorzubereiten. Auf Grund vereinzelter Mitteilungen in der sowjetrussischen bzw. in der ausländischen Fachpresse darf man annehmen, daß es sich dabei um den Neubau geschützter Schnellkreuzer sowie möglicherweise um die Wiederaufnahme der während des Weltkrieges be-

gonnenen Schlachtkreuzerbauten handeln wird, zu denen noch evtl. ein in Nikolajew (am Schwarzen Meer) begonnenes Linienschiff hinzugefügt werden dürfte.

Im Gegensatz zu den meisten in den letzten Jahren in Dienst gestellten sowjetrussischen Klein-Kriegsschiffen, deren Bau selbstverständlich auch weiter mit Hochdruck fortgesetzt wird, müssen diese Einheiten, ebenso wie die neuen Hochsee-U-Boote zu den ausgesprochenen Offensiv-Waffen gezählt werden. Diese Tatsache ebenso wie die riesenhaften Kredite für den Ausbau der Seewerften (614 Millionen Rubel für das Jahr 1933 bis 1937) zeigen, daß man russischerseits gewillt ist, die bisherige relative Zurückhaltung auf dem Gebiete der aktiven Seepolitik zu verlassen. Man darf annehmen,

daß die sowjetrussische Kriegsmarine, deren strategische Lage durch den Bau verbindender Binnenwasserstraßen stark verbessert wird, in Kürze eine nicht zu unterschätzende Bedeutung unter den europäischen Seemächten gewinnen wird, die sich nur schlecht mit den selbstverleugnenden Meinungen der sowjetrussischen Presse anlässlich des deutsch-englischen Flottenabkommens vereinbaren läßt. Die von russischer Seite gelegentlich der im Jahre 1928 einberufenen Flottenkonferenz in Rom erhobenen Forderungen, Sowjetrußland das Recht auf die gleiche Linienschiffstonnage wie England und U. S. A. zuzubilligen, zeigen deutlich, wohin die nunmehr der Verwirklichung entgegenstehenden Ambitionen der sowjetrussischen Marinekreise hinstreben.

Washingtons Antwort an Abessinien.

Der Völkerbund hat den Vortritt.

Washington, 6. Juli.

Die amerikanische Regierung hat ihren Geschäftsträger in Addis Abeba angewiesen, das Ersuchen des Kaisers von Abessinien um Anwendung des Kelloggspaktes im Streitfall mit Italien dahingehend zu beantworten, daß der Völkerbund sich bemühe, in dem Streit zu vermitteln und daß man hoffen müsse, es werde dieser Organisation gelingen, eine für beide Teile befriedigende Entscheidung zu treffen. Die amerikanische Regierung könne nicht glauben, daß entweder Italien oder Abessinien, die beide den Kelloggspakt unterzeichnet hätten, zu Mitteln greifen werden, die mit ihren vertraglichen

Verpflichtungen im Widerspruch stehen würden.

Waffenausfuhrverbot nach Somaliland und Eritrea?

Schließung des Suezkanals rechtlich unmöglich.

London, 6. Juli.

Die rechtlichen Gesichtspunkte einer möglichen Schließung des Suezkanals als Druckmittel gegen Italien sind, einer Reuters-Meldung zufolge, durch internationale Juristen in Genf geprüft worden. Hierbei sei die Ansicht vertreten worden, daß die Statuten der Suezkanalgesellschaft eine

Schließung des Kanals gegen irgendeinen kriegführenden Staat nicht gekatteten, jedoch hätten die Völkerbundsmitglieder auf Grund von Artikel 20 der Völkerbundscharta einzeln zugestimmt, daß durch die Schließung alle Verpflichtungen, die gegen ihre Bedingungen vertriehen, außer Kraft gesetzt werden könnten. Man habe daher anerkannt, daß der Völkerbundsrat, falls er die Waffenausfuhr nach den italienischen Kolonien Somaliland und Eritrea verbieten würde, die Befugnis hätte, eine Unterjochung aller durch den Suezkanal fahrenden Schiffe und die Beschlagnahme aller durch das Verbot betroffenen Ladungen anzuordnen. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Benoit, werde anfangs nächster Woche nach London kommen, und es sei möglich, daß er u. a. diese Frage mit den britischen Behörden besprechen werde. Selbstverständlich sei es sehr fraglich, ob der Völkerbundsrat für ein solches Verbot stimmen würde.

Keine Rückkehr Zittas und Ottos nach Oesterreich.

Ein Gentleman-Agreement.

DNB Paris, 6. Juli.

Der österreichische Außenminister von Berger-Waldenegg hat einem Wiener Habasvertreter gegenüber alle Gerüchte von einer baldigen Rückkehr der Exilanten Zitta und des Erzherzogs Otto nach Oesterreich in Abrede gestellt. Zwischen der früheren kaiserlichen Familie und der österreichischen Regierung bestehe hierüber ein Gentleman-Agreement, das alle Bürgerpflichten enthalte. Der Abschluß dieser Vereinbarung sei der Einbringung des Revisionsgesetzes vorausgegangen.

Zur Aufhebung der Habsburger-Gesetze in Oesterreich schreibt der Außenminister des „Petit Parisien“, daß der österreichische Schritt Aufregung und Wirrungen hervorgerufen habe, die besser vermieden worden hätten. Sofort hätten sich die österreichischen Legationen in ihren Botschaften ermutigt gefühlt, und zweifellos würden sie fortan sich noch eifriger an die Arbeit machen. Wenn diese Propaganda breite Schichten des österreichischen Volkes

erfassen sollte, würde schließlich in Mittel-europa eine gefährlichere Atmosphäre des Argwohns entstehen. Die Länder der Kleinen Entente hätten bisher mit ruhiger Würde reagiert, behielten sich aber alle zweckdienlichen Maßnahmen vor für den Fall, daß die moralische und materielle Rehabilitation der Habsburger auf einen Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie hinauslaufen sollte. Unter Hinweis auf den bevorstehenden Besuch des österreichischen Botschafters Starhemberg in Rom spricht das Blatt die Erwartung aus, daß der Duce Starhemberg zur Vorsicht raten werde, da die Kleine Entente als Bedingung für den Abschluß des Donaupaktes die feierliche Verpflichtung Oesterreichs gestellt habe, nicht die Habsburger auf den Thron zurückzuführen. Frankreichs Standpunkt in dieser heiklen Frage sei bekannt. Er dede sich vollkommen mit dem der Kleinen Entente. Um die Festigung des Friedens im Donauraum besorgt, müsse Frankreich alles mißbilligen, was geeignet wäre, ernste Störungen in dieser Gegend hervorzurufen. Bundeskanzler Schulzinnig und der österreichische Außenminister hätten doch bei ihrem Pariser Besuch im Februar nach einer Aussprache mit Flandin und Laual abgemacht, daß die Frage der Habsburger nicht aktuell sei. Sie sei auch heute nicht aktuell und könne es auch morgen nicht sein.

Oberst Bed und Ministerpräsident Göring in der Schorheide.

Der polnische Außenminister Oberst Bed, der am 3. und 4. Juli zu einem Staatsbesuch in Berlin weilte, folgte einer Einladung des preussischen Ministerpräsidenten Göring zu einem Besuch von Karinhall in der Schorheide. Unser Bild zeigt die polnischen Gäste nach der Besichtigung des Wäldchengehüges. Von links: Oberst Bed, Frau Bed und Tochter, Ministerpräsident Göring. (Heinrich Hoffmann-M)



Frankreichs Freundschaft mit Italien und der Abessinienstreit.

London, 6. Juli.

Reuter veröffentlicht einen längeren Bericht aus Paris, der sich mit der abessinischen Frage und ihren Auswirkungen auf Europa befaßt. Zunächst erklärt die Meldung, es gebe keinen Geheimvertrag zwischen Frankreich und Italien hinsichtlich Abessinien. Jedoch sei es Tatsache, daß Laual im letzten Januar in Rom Mussolini mitgeteilt habe, Frankreich werde sich in Zukunft wirtschaftlich an Abessinien desinteressieren mit Ausnahme der Eisenbahn Djibouti. Abdis Abeba und der dazu gehörigen Zone. Dies sei der britischen Regierung mitgeteilt worden. In Rom sei jedoch nichts über die territorialen und politischen Probleme Abessinien gesagt worden. Was die Berichte über die fieberhafte Befestigung der Insel Dumeira im Roten Meer durch die Italiener angehe, so sei hierzu festzustellen, daß diese Insel vor den Besprechungen in Rom Niemandem bekannt gewesen sei. Die Insel liege unmittelbar vor der französisch-italienischen Grenze zwischen Eritrea und Französisch-Somaliland. Nachdem man im Januar diese Grenze 15 Meilen südwärts verlegt habe, sei Dumeira ipso facto italienisch geworden, da es sich nunmehr in italienischen Hoheitsgewässern befände. In Paris hatte man es für völlig ausgeschlossen, daß die Italiener diese Insel besetzten.

Gerner seien Behauptungen über ein französisch-italienisches Militärabkommen ausgetauscht. Hierfür sprächen gewisse Tatsachen. Es sei einleuchtend, daß angesichts der zunehmenden Wärme der französisch-italienischen Beziehungen seit dem Besuche Lauals in Rom Frankreich und Italien ihre gemeinsame Grenze nicht mehr mit starken Garnisonen zu besetzen brauchten. Französische Truppen seien daher auch von der italienischen Front an die Ostgrenze verlegt worden, wie das auch in der Kammer erklärt worden sei. Der französische General Camelin sei in Rom gewesen, und zwar zweifellos nicht, um archäologische Forschungen anzustellen. Man könne daher annehmen, daß er mit General Badooglio die Frage der Grenzgaritionen besprochen habe und zwar im Lichte der erneuerten französisch-italienischen Freundschaft und angesichts der italienischen Truppenverschiebungen nach den italienischen Kolonien am Roten Meer.

Im übrigen berichtet Reuter aus Paris, daß die diplomatischen Besprechungen Englands mit den Franzosen noch keinen greifbaren Vorschlag der Franzosen ergeben hätten. Die Franzosen seien bemüht, Mussolini möglichst nicht zu verletzen, da dies ihn sonst zu der Aktion treiben könnte, die man vermeiden wolle. Daher sei die französische Regierung für eine Lösung auf diplomatischem Wege und nicht für eine Anrufung des Völkerbundes. Reiter der Vorschläge Edens komme jedoch in Frage, da sie nicht nur nicht den italienischen, sondern auch nicht den französischen Belangen entsprächen. Im übrigen behandelten Großbritannien und Frankreich die abessinische Frage als eine Frage für sich. Es sei nicht beabsichtigt, hier etwas auszuhandeln oder eine Unterfugung in der abessinischen Frage für die Unterfugung in europäischen Fragen einzufügen.

Mehrere Blätter berichten am Sonnabend eingehend über die Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen. „Times“ meldet aus



Reichs
während seiner Red

Von den Eindrücke
den neue Kräfte ausgesch
Dieses Gaudereffen
werden, ohne der fast
des Gaudereffen
gedenken. Was hier
Planungen und Studie
nung vorausberechnet
drei Tagen, die doch
organisatorischen Einze
festgelegten Programmen
hergeleitet und unver
galm und Ende, in de
so, wie es bestimmt w
senbe, die von auswä
und Westlande gar tan
Schon in den frühen W
Straßenkreuzung selbst
die durchgehenden Ma
Aufmarschgelände, bei
all war bestens für die
Betreuung der Gaudere
derer Art sind nicht zu
gerichteten Sanitätsstet
den Fällen in Anspruch

Der Gau Westfalen
und seine
Anlässlich des große
Westfalen-Nord, wurde
Führer und Reichstags
„M
Rom Gaudereffen
hunderttausend in Mün
und Nationalsozialist
Bersprecher, wie bish
licher Treue mit Ihnen
Kämpfen.
An den Stellvertreter
das Telegramm:
Ihnen sehr verehrte
Gaudereffen Westfalen-
Nationalsozialist
Gaudereffen.

Die Sachsen-Preußen.

Zu der Suspension des Heidelberger Korps Saxo-Preußen schreibt die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz: Der Nationalsozialismus achtet den Mann und seine Leistung ohne Rücksicht darauf, woher er kommt oder welchen Beruf er ausübt. Er hat aber kein Verständnis für solche Elemente, die zwar auf Grund ihrer Geburt Anspruch auf Führung erheben zu können vermögen, aber nicht im geringsten das Zeug dazu besitzen. Von diesem Blickfeld aus muß man die laut Urteil der Heidelberger Universität für vier Semester erfolgte Suspension des Korps Saxo-Preußen betrachten, das neben den Sommer Vorlesungen sich selbst innerhalb des Winter Semesters zu betrachten gewohnt war. Abtliche Abkunft war das mindeste, was jemand mitbringen mußte, um als Führer angenommen zu werden, was allerdings nicht ausschloß, daß hier und da ein kapitalistischer bürgerlicher „Renommierhengst“ die Reihen der Aktivisten zieren durfte.

Der 30. Januar 1933 und alles, was seitdem im deutschen Volk vor sich gegangen und geschehen ist, ist an diesem Feudalfluchtpunkt verurteilt, an demnächst wären solche unerbörten Vorkommnisse, wie sie sich vor und während der großen und epochalen Rube unserer Führer und Reichstagskämpfer im Mai sowohl im Korps selbst als auch in der Öffentlichkeit abgepielt haben, nicht möglich gewesen. Dem Korps ist die harte, aber gerechte Strafe geworden, auf vier Semester suspendiert zu werden, und wir hoffen, daß nach Ablauf dieser vier Semester dieser Konventionaleverein niemals wieder zum Leben erwacht. Das neue Deutschland braucht Studenten, die sich auf den Hochschulen in verantwortungsvoller Selbst-erziehung und Selbstdisziplin auf ihre zukünftigen Führungsaufgaben vorbereiten, aber nicht Träger ablicher Namen oder Söhne kapitalistischer Familien, die dem großen Geschehen unserer Zeit ohne Verständnis oder sogar feindselig gegenüberstehen und die ihre Unwissenheit nicht dazu benutzen, um sich ein Wissen anzueignen, das sie für ihre Führungsaufgaben beruht unbedingt brauchen, die vielmehr ihre Zeit dazu zu benutzen pflegen, um das Geld ihres Vaters in Wollereien durchzubringen. Ein Korps, wie die Heidelberger Sachsen-Preußen, hat im neuen Deutschland keine Daseinsberechtigung, da es im liberalistischen Treiben und in äußeren Formen stehengeblieben ist. Es ist nur gut, daß ein solcher Fall, wie er jetzt in Heidelberg zum Abbruch gekommen ist, in der Geschichte des Reiches S.C. einzig dastehend ist. Das Heidelberger Korps hat jedenfalls seiner eigenen Organisation den schlechtesten Dienst erwiesen, indem es die Defektheit eines Bild in Verhältnisse tun ließ, die geeignet sind, von neuem die grundsätzlichen Fragen des Korpsstudententums ins Rollen zu bringen.

Dollstreckung eines Todesurteils.

Am 6. Juli 1933 ist in Göttingen die am 7. November 1889 geborene Maria Göttinger hingerichtet worden, die vom Schwurgericht in Göttingen wegen Mordes an der Besitzerin des Göttinger Hofes, der Witwe Margarete von Wertheim, zum Tode verurteilt worden ist. Die Göttinger, die bei der Ermordung als Hausangestellte war, hatte einen Schuldschein über eine Darlehenssumme von 42.000 RM angefertigt und mit der falschen Unterschrift der Frau von Wertheim versehen. Sie gestand ihre Dienstherren, um auf Grund der falschen Urkunde ihre ererbte Forderung gegen die Erben der Ermordeten durchsetzen zu können.

Schmeling-Paolino im Rundfunk.

Der mit Spannung erwartete Vorkampf zwischen Schmeling und Paolino wird im Rundfunk übertragen. Der Deutschlandfunk gibt am Sonntag (morgen) in der Zeit von 16-19.30 Uhr im Rahmen eines Nachmittagskonzerts einen Rundfunkbericht vom Gesamtverlauf des Kampfes sowie Teilberichte von den Vorstößen und Stimmungsänderungen aus dem Kampfbereich. Die Sendung wird von allen deutschen Sendern übernommen. Der Rundfunkbericht wird drei bekannte Sprecher eingelesen werden, die heute noch von dieser Sportart den naheliegenden, die heute noch von dieser Sportart eine falsche Vorstellung haben und sich deshalb bisher noch nicht zum Besuch eines Boxkampfes entschließen konnten.

Hochwasserschäden in Columbus.

In Columbus (Ohio) richteten Wollensbrüche großen Schaden an. Ganze Stadtviertel, darunter der Markt, wurden überflutet. In der Umgebung der Stadt liegt das Land meilenweit unter Wasser. Der Ernte- und Gebäudeschaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

2000 Häuser verbrannt.

Das Brandunglück in der nordwestlichen Stadt Abbottabad hat nach den inzwischen eingetroffenen ausführlicheren Meldungen einen noch größeren Umfang angenommen, als man ursprünglich befürchtet hatte. Im indischen Staat sind insgesamt etwa 2000 Häuser und Läden verbrannt. Der Sachschaden wird auf fünf Millionen Rupien geschätzt (rund 4 1/2 Millionen Mark). Der Schaden in dem nur teilweise in Mitleidenhaft gezogenen Nachbarviertel läßt sich noch gar nicht übersehen. Das Feuer konnte inzwischen eingedämmt werden, jedoch dürften die Vorkarbeiten noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Militär hat das niedergebrannte Viertel abgesperrt, um Plünderungen zu verhindern. Fast die gesamte indische Bevölkerung hat die Nacht im Freien verbringen müssen. Militärkraftwagen sorgten für die Fortschaffung der den Flammen entzogenen Wohnungseinrichtungen.

Das Feuer konnte logisch einen so riesigen Umfang annehmen, weil eine handliche Feuerwehr in Abbottabad nicht vorhanden ist und weil die Hydranten aus bisher ungeklärten Gründen verfallen sind. Hinsu kam, daß ein leichter Wind herrschte, so daß das Feuer die von der Hitze ausgetrockneten Holzbauten mit ungeheurer Schnelligkeit ergriffen hat.

Die neuen Ergänzungen des Strafgesetzbuches.

Berlin, 6. Juli.

Das jetzt im Wortlaut amtlich bekanntgegebene Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, das mit dem 1. September 1933 in Kraft tritt, enthält, über die bereits bekanntgegebenen Neuerungen hinaus noch eine Reihe sehr wichtiger aktueller Bestimmungen.

Die Strafbestimmungen für die Verletzung der Wehrpflicht und der Wehrkraft

neu gefaßt. Wehrpflichtige, die vor Erfüllung der aktiven Dienstpflicht oder im Beurlaubenstande nach Erfüllung der aktiven Dienstpflicht, ohne Erlaubnis des Reichsgebietes verlassen, werden mit Gefängnis von einem bis zu sechs Monaten bestraft. Ehrenstrafen und Geldstrafen sind daneben möglich. Auch der Versuch ist strafbar. Wer einen deutschen Soldaten zur Fahnenflucht verleitet oder die Fahnenflucht ihm erleichtert, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in besonders schweren Fällen mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft. Die gleiche Strafe droht demjenigen, der einen Deutschen zum Heerdesertion einer ausländischen Macht anwirbt oder ihren Desertion zuführt. Wer sich vorsätzlich durch Selbstverwundung u.ä. zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht, wird mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft. Wer Wehrmittel oder Einrichtungen der deutschen Wehrmacht beschädigt und zerstört, erhält Gefängnis nicht unter einem Monat, in besonders schweren Fällen bis zu lebenslangem Gefängnis oder Todesstrafe.

Bei Neufassung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches

gegen die Gefährdung des Eisenbahnverkehrs, der Schifffahrt oder der Luftfahrt

bringt das Gesetz als neues Strafbestimmungen den Begriff der Gemeingefahr in Anwendung. Gemeingefahr bedeutet eine Gefahr für Leib oder Leben, sei es auch nur eines einzelnen Menschen, oder für bedeutende Sachwerte, die im fremden Eigentum stehen oder deren Vernichtung gegen das Gemeinwohl verstoßt. Wer eine Gemeingefahr

dadurch herbeiführt, daß er die Sicherheit des Betriebes einer Eisenbahn, Schwebbahn, der Schifffahrt oder Luftfahrt gefährdet, wird mit Gefängnis bis zu zehn Jahren, in besonders schweren Fällen mit bis lebenslangem Gefängnis oder Todesstrafe bestraft. Gefährdung ist in besonders schweren Fällen Gefährdung der Sicherheit des Betriebes einer Eisenbahn, Schwebbahn, der Schifffahrt oder Luftfahrt.

Wer öffentlich die NSDAP, ihre Gliederungen, Abteilungen, Standarten oder Fahnen, ihre Abzeichen oder Auszeichnungen beschimpft oder lässig macht, wird mit Gefängnis bestraft. Die Tat wird nur auf Anordnung des Reichsjustizministers verfolgt, der die Anordnung im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers trifft.

Die Strafbestimmungen gegen Anzucht zwischen Männern

sind erheblich, bis zu Gefängnis bis zu zehn Jahren verschärft worden. Neu eingefügt wird in das Strafgesetzbuch eine Bestimmung über den

Schutz von Waldbränden.

Danach wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten und Nebenstrafen bestraft, wer Wald-, Heide- oder Moorflächen durch verbotenes Rauchen, Fortwerfen brennender oder glühender Gegenstände u.ä. in Brandgefahr bringt. Neu ist weiter die

Bedrohung des Automatenmißbrauchs

mit Gefängnis bis zu einem Jahr. Schließlich ist von besonderer Bedeutung der neue § 330c, wonach derjenige mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft wird, der bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies nach gesundem Volksempfinden seine Pflicht ist.

Schließlich ist der Schutz der Jagd und Fischerei verstärkt und das unbefugte Uniformtragen sowie die falsche Namensangabe unter Strafe gestellt worden. Ein besonderes Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes macht die Stellung von Richter und Staatsanwalt freier als bisher.

Das Geheimnis der „Mauretania“ bleibt unentdeckt.

Die letzte Untersuchung vor dem letzten Trip.

London, 6. Juli.

Mit dem blauen Wimpel der Atlantikschiffahrt am Westlich Englands berühmtesten Passagierschiff, die „Mauretania“, dieser Tage zum letzten Mal die Maschinen laufen. Der letzte Trip führt das berühmte Schiff nach Rosyth, wo es abgewrackt wird. Alle Schiffe im Hafen von Southampton salutierten, als die „Mauretania“ vorbeifuhr.

Nicht weniger als 22 Jahre lang, bis die Bremen und die Europa in Dienst gestellt wurden, hat kein Schiff eine gleiche oder gar eine schnellere Geschwindigkeit entwickelt als die „Mauretania“. Auf ihrer letzten Reise fuhr sie aber nur mit 15 Knoten und 200 Menschen an Bord. Die Cunard Line hatte viele Geschäfte von Leuten erhalten, die den letzten Trip des Schiffes gern mitmachen wollten. Jedoch niemand wurde zugelassen. Hauptächlich waren es ehemalige Mitglieder der Besatzung, die die „Mauretania“ begleiten durften. Unter ihnen befand sich einer, der das Schiff nie verlassen hat, seit es vom Stapel lief, der Chefelktriker, ein Wlifer Hubbard, der auch auf dieser letzten Fahrt noch seines Amtes waltete.

Man hat übrigens das Schiff vor der Fahrt zur Überwachung noch einmal gründlich untersucht, um herauszubekommen, worin eigentlich das berühmte „Mauretania“-Geheimnis gelegen hat. Man hat dieses Geheimnis ihres Erbauers nicht entdecken können. Die Sache lag und liegt nämlich so, daß es heute nicht mehr möglich ist, mit den Mitteln, die in die „Mauretania“ gesteckt wurden und mit den Maschinenkräften, die das Schiff besaß, eine gleich große Geschwindigkeit zu erzielen. Unsere heutigen Riesenschiffe arbeiten mit unersetzlich höheren Maschinenkräften. Man behauptet, daß der Erbauer der „Mauretania“ im Besitz einer besonderen Formel bezüglich

der Formgebung und der Maschinenkräfte des Schiffes gewesen sei, daß er aber dieses Wissen mit ins Grab genommen habe. Das mag Legende sein. Unkritisch aber ist, daß in den Jahrzehnten der Glanzzeit der „Mauretania“ kein Schiffskonstrukteur in der Welt ein gleich großes Schiff mit einer gleichen Geschwindigkeit bauen konnte.

Das Schicksal der „Mauretania“ wird übrigens demnächst ein anderes Schiff teilen. Der Cunard-Dampfer „Olympic“, ein Schwesterschiff der „Titanic“, soll angeblich ebenfalls abgewrackt werden. Die „Olympic“ ist etwa 46.440 Tonnen groß. Sie wurde 1911 erbaut. Das furchtbare Unglück, das die „Titanic“ auf ihrer Jungfernfahrt nach New York traf — das Schiff blieb am 15. April 1912 mit einem Eisberg zusammen und ging mit 1500 Menschen unter, — hinderte in der ersten Zeit die Passagiere, die „Olympic“ zu benutzen. Später verlor sich dieser Aberglaube wieder. Das blaue Band, das die „Titanic“ auf ihrer ersten Reise gewinnen sollte (einer der Gründe für die Katastrophe, da der Kapitän trotz Warnung die nördliche Route fuhr), konnte die „Olympic“ trotz ihrer Größe jedoch nie in ihren Besitz bringen.

Die „Cap Polonio“ unter dem Hammer

Hamburg, 6. Juli.

Im Hamburger Hafen findet gegenwärtig die Versteigerung der Inneneinrichtung des früheren Hamburg-Süd-Luxusdampfers „Cap Polonio“ statt. Die Versteigerung findet großes Interesse, und aus allen Teilen Deutschlands, selbst aus Holland und den nordischen Ländern sind Käufer erschienen. Für viele Dinge des Schiffes wurden Liebhaberpreise bezahlt, so brachten z. B. der Schiffname selbst 650 RM, und die Schiffsglocken 125-150 RM. Am ersten Versteigerungstage wurde die gesamte Einrichtung der Salze, Rauchzimmer und Luxusbüro veräußert. Es folgte am Freitag die Ausrüstung. Die Versteigerung soll heute beendet sein, und es bleibt dann nur noch der Schiffsrumpf mit den Maschinen übrig.

Gartenfest bei Ministerpräsident Göring.

DNB Berlin, 6. Juli.

Ministerpräsident Göring und Frau Göring hatten Freitag nachmittag zu einem Empfang im Garten ihres Hauses eingeladen. Trotz des nicht gerade freundlichen Wetters hatte eine große Zahl von Gästen der Einladung Folge geleistet, unter ihnen zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, der Reichsregierung, führende Persönlichkeiten der Partei, die Generale und Kommandanten der Luftwaffe und die Luftfahrt-Attaches der ausländischen Mächte. Ferner kam man namhafte Vertreter der Wirtschaft, von Kunst, Wissenschaft und Presse. Den Höhepunkt des Nachmittags bildeten die überaus gelungenen teils teils ernsten tänzerischen Darbietungen des Ballets der Staatsoper unter den alten Bäumen im Garten des Ministerpräsidenten, die reichen Beifall fanden. In lebhafter Unterhaltung in der Wandelhalle, im Garten und in den Räumen der Privatwohnung des Ministerpräsidenten genossen die Erschienenen noch lange die Gastfreundschaft ihrer liebenswürdigen Wirte.

Anwachsen der Anbaufläche von Flach und Hanf.

DNB Berlin, 6. Juli.

Im Reichs- und Preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 2. Juli eine Besprechung mit den beteiligten Stellen über das bisherige Ergebnis der Anbauförderung von Flach und Hanf statt. Dabei konnte mitgeteilt werden, daß die Anbauflächen für diese einheimischen Spinnstoffe schon recht erheblich gesteigert worden sind. Beim Flach wurde in diesem Jahr nach den vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes eine Anbaufläche von

20800 ha erreicht, während vor der Machtübernahme im Jahre 1932 die Flachsanbaufläche auf 4516 ha gesunken war. Wir werden demzufolge in der Lage sein, unseren Bedarf an Flach zu mindestens 50 v. H. (früher 10 v. H.) aus eigener Erzeugung zu decken, obwohl der Heilmittelverbrauch unter dem Einfluß der Mode ganz erheblich gestiegen ist. Auf Grund dieser Anbauförderung wird es möglich sein, etwa 12 Millionen RM an Devisen, die bisher für die Beschaffung von Flach und Leinwand aus dem Ausland aufgewendet werden mußten, zu sparen. Im eine möglichst starke Steigerung der Flachsanbauflächen im kommenden Jahr zu erzielen, wird weiter dafür gesorgt werden, daß die in diesem Jahr anfallende Leinwand möglichst weitgehend für den nächstjährigen Anbau als Saatgut zur Verfügung steht. Beim Hanf wurde ebenfalls eine sehr erfreuliche Anbauförderung erreicht. Die Hanfsanbaufläche stieg von 210 ha im Jahr 1933 auf 2885 ha im Jahr 1935. Auch hier soll eine weitere Steigerung der Anbaufläche erstrebt werden.

Neues in Kürze.

Der Führer und Reichstagskanzler hat dem Geheimen Kommerzienrat Heinrich Stalling in Oldenburg zu seinem 70. Geburtstag seinen herzlichsten Glückwunsch übermittelt und ihm aus diesem Anlaß in Anerkennung seiner Verdienste als Verlagsbuchhändler die Goethe-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Ein Löwe von Wolfenbüttel unterwies in dem kleinen Ort Bainsville in Montana den Eisenbahnwaggon. Die Probe war, daß ein Schnellzug der Great Northern Eisenbahn entgleiste und in einen Graben stürzte. 24 Personen wurden dabei verletzt, einige davon schwer.

Bei dem im Metro-Park in Madrid veranstalteten Automobilrennen des Monats Juli erhielt Mercedes-Benz den Großen Pokal der Stadt Madrid. 200 weitere polnische Arbeiter mit ihren Familien sind am Freitag aus Norbrenke nach Polen abgeschoben worden.

Paris, die Berichte, daß der Besuch des französischen Generalsabschlags Camelin in Rom bereits zu einem französisch-italienischen Militärbündnis geführt habe, seien etwas verfrüht. Pläne für die Zusammenarbeit der französischen und italienischen Armeen seien sicherlich erörtert worden, aber auf diplomatischem Felde bleibe noch viel zu tun übrig, bevor eine solche Zusammenarbeit vervollständigt werden könne.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ vertritt erneut den Standpunkt, daß die französisch-italienische Freundschaft von einem Militärbündnis nicht mehr zu unterscheiden sei.

Neue Geheimnisse um Oberst Lawrence?

DNB Paris, 6. Juli.

Auf einem aus English-Somaliand in Marokko eingetroffenen Dampfer soll sich, wie der „Matin“ berichtet, Frau Lawrence, die Mutter des berühmten „Rötners der Wüste“, dessen Ableben vor einiger Zeit gemeldet wurde, befinden. Sie stehe nicht auf der Liste der Fahrgäste, und nur die Anwesenheit eines starken Polizeiaufgebots habe ihre Ankunft bestätigt. Frau Lawrence sei an Bord geblieben und im Laufe des Abends mit dem Dampfer nach London weitergereist.

„Journal“ verzeichnet allerdings Gerüchte, wonach hinter dem als „Fraulein Shaw“ ausgegebenen geheimnisvollen Fahrgast in Wirklichkeit der totgeglaubte oder totgesagte Oberst Lawrence stehe, der unter dem Namen Shaw in einem englischen Fliegerregiment gedient hat. Das angebliche Fraulein Shaw habe trotz aller Bemühungen von englischen Berichterstellern, die eigens aus London gekommen seien, sich geweigert, ihre Rabine zu verlassen. Man habe ihr eine Anzahl von Briefen übergeben. Einige Fahrgäste und Mitglieder der Besatzung seien überzeugt, daß hinter der geheimnisvollen Dame tatsächlich Oberst Lawrence stehe.

Admirale beraten mit Mussolini.

DNB Rom, 5. Juli.

Der oberste Ausschuss der italienischen Admirale hat eine außerordentliche Sitzung am Freitag unter dem Vorsitz Mussolinis abgehalten. Die Beratungen des Ausschusses, dem zehn Admirale, darunter auch der Herzog von Genoa, angehören, betrafen nach einer amtlichen Mitteilung verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der italienischen Seestreitkräfte.

Neue italienische Botschafter für Berlin, Paris und Moskau.

DNB Rom, 5. Juli.

Nach einer amtlichen Mitteilung der Agenzia Stefani steht ein Wechsel in der Leitung der italienischen Botschaften von Berlin, Paris und Moskau bevor. Es tritt an die Stelle des Botschafters in Berlin, Cerruti, der nach Paris versetzt wird, der gegenwärtige Botschafter in Moskau, Attolico. Botschafter Vignati verläßt Paris und übernimmt den seit Monaten vakanten Botschafterposten beim Heiligen Stuhl. Der Botschafter von Madrid, Raffaele Guariglia wird in das Ministerium berufen und durch Bezzi ersetzt werden. Die Leitung der italienischen Botschaft in Moskau geht an Baron Pietro Arone di Valentino über.

England und der Russenpakt.

Antwort auf die deutsche Anfrage.

DNB London, 6. Juli.

Wie halbamtlich verlautet, wurde am Freitag die Antwort Großbritanniens auf die deutsche Anfrage wegen des deutsch-französisch-russischen Paktes dem deutschen Botschafter in London ausgehändigt. Die britische Antwort sei in demselben Sinne gehalten wie die französische, in der die Ansicht vertreten worden war, daß der Pakt nicht im Widerspruch zu den Bedingungen des Locarnovertrages stehe.

Veruche mit einem neuen „Luftschlachtkreuzer“ in Amerika.

Washington, 6. Juli.

Das Kriegsministerium kündigte am Freitag Versuche mit einem neuen gewaltigen Bombenflugzeug aus Metall an, das die Firma von Boeing in Seattle gebaut hat und mit vier Hornet-Motoren von insgesamt 700 PS ausgerüstet sein soll. Das Bombenflugzeug, dessen Konstruktion Stromlinienform aufweist, soll bei einziehbarer Röhre eine Höchstgeschwindigkeit bis zu 400 Stundenkilometern erreichen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit soll 350 Stundenkilometer betragen und zwar in einer Höhe von etwa 3000 m, eine Geschwindigkeit die sechs bis zehn Stunden durchgehalten werden könne. Das Flugzeug wird als „Luftschlachtkreuzer“ bezeichnet. Es soll die gewaltigste Luftwaffe darstellen, die bisher in der Welt hergestellt worden ist. Die Länge des Flugzeugs soll etwa 21,5 m betragen, die Flügelspannweite ungefähr 30,5 m, das Gewicht etwa 15.240 kg.

„Die ersten jungen Schwalben.“

Französische Studenten besuchen russische Universitäten.

DNB Paris, 6. Juli.

12 französische Studenten begeben sich am Sonnabend nach Moskau, wo sie drei Wochen als Gäste deutscher Familien am studentischen Leben ihrer deutschen Kameraden teilnehmen werden. Im Monat September werden 12 deutsche Studenten als Gäste in Paris erwartet. In einem vom Leiter der französischen Abordnung im „Deuere“ veröffentlichten Artikel wird als Grund für den Austausch die Notwendigkeit angegeben, sich gegenseitig besser kennen und verstehen zu lernen. Als Söhne ehemaliger Gegner leben wir, so heißt es in dem Aufsatz, in einer trassen Unkenntnis voneinander. Wir reisen nicht nach Deutschland in der Überzeugung, daß schon die Tatsache dieser Reise alles ändern wird. Wir wollen uns aber mit unseren Kameraden offen und ehrlich aussprechen. Herriot hat in Lyon beim Empfang deutscher Frontkämpfer gesagt, eine Schwalbe mache noch keinen Sommer, aber immerhin müsse der Wind der ersten Schwalbe die anderen nachziehen. Wir haben nur einen Wunsch, zu den ersten jungen Schwalben zu gehören. Hoffentlich veranlaßt unser Beispiel viele andere, den Flug über Bogen und Rhein zu wagen.